



Der Ausländerbeirat



Az.: ABR/MR

Gießen, den 16. Juni 2014

Kreisgremien und
Öffentlichkeitsarbeit
Markéta Roska
Gebäude F, Raum F207
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1790
marketa.roska@lkgi.de
www.lkgi.de

NIEDERSCHRIFT

über die 28. Sitzung des Ausländerbeirates des Landkreises Gießen
am 27.05.2014
Rathaus Laubach: Kleiner Saal
Friedrichstr. 11, 35321 Laubach

Zu dieser Sitzung wurde mit Einladungsschreiben vom 5. Mai 2014 eingeladen.

Es sind anwesend:

Kreisausländerbeirat

Ludmilla Antonov	
Francoise Höhle	
Serdar Isik	stellvertretender Vorsitzender
Suna Isik	
Edin Muharemovic	
Boris Royak	
Tim van Slobbe	Vorsitzender

Verwaltung

Dirk Haas	
Markéta Roska	
Dirk Oßwald	
Isray Budak	
Jörg Glasenhardt-Freyman	
Dietmar Weber	
Joachim Kühn	Jobcenter

Isabel de Jesus Domicke	CDU
Anne Sussmann	FW
Ellen Volk	SPD

Entschuldigt:

Kreisausländerbeirat

Melek Adigüzel
Zayed Ali
Maria Alves
Gülser Arslan

Rasim Azim
Veli Kurt
Ivan Lappo-Danilevski
Baris Mehder
Mohamed Elfatih Mohamed Ibrahim Idries
Surejan Mustafafov
Younes Qrirou
Mohammad Hussein Ali Sari
Eda Sentürk
Mehmet Yildiz

Günther Semmler
Ewa Wenig
Anette Henkel
Reinhard Hamel

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende, Tim VAN SLOBBE, eröffnet um 19:15 Uhr die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung fest.

Bürgermeister Peter KLUG begrüßt als Gastgeber alle Anwesenden herzlich in Laubach. Er freue sich, wenn der Kreisausländerbeirat in Laubach tagt. Er erwähnt die im kommenden Jahr anstehende Hessische Ausländerbeiratswahl und spricht von einigen voraussichtlichen Schwierigkeiten bei der Durchführung der Wahl. Zum Beispiel sei es in Vergangenheit nicht leicht gewesen, Wahlhelfer zu finden. Deshalb gebe es Erwägungen, die Ausländerbeiratswahlen in Laubach und in Grünberg zusammen zu legen.

Im Zusammenhang mit dem heutigen Thema betont er, dass er großes Interesse habe an der Ansiedlung neuer Einwohner in Laubach. Das „Projekt Gemeinschaftsunterkunft“ und die damit zusammenhängende Schaffung einer Anerkennungskultur mache viel Spaß. Dezernent Dirk OßWALD ergänzt, dass sich in Laubach eine tolle Bürgerinitiative gebildet habe, die beispielhaft für den Landkreis sei.

2. Genehmigung der Niederschriften über die 26. Sitzung des Ausländerbeirates am 11. März 2014 und am 29. April 2014

Da keine Einwände zu den Protokollen der Sitzungen am 11.03.14 und am 29.04.14 vorliegen, gelten diese als Genehmigt.

3. Praktika und Arbeitserlaubnisse für Asylsuchende

Dirk OßWALD schildert, wie es zu dem Konzept der Praktika für Asylbewerber gekommen sei:

Im März 2013 wurde eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in Laubach eröffnet. Nach einer Bürgerversammlung zur Vorstellung des Projekts bildete sich ein Runder Tisch von ca. 15 - 20 Personen, der sich in wechselnder Besetzung mit verschiedenen Bereichen der Unterstützung für die Flüchtlinge befasst. Aus diesem Kreis wurde der Wunsch

nach Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber geäußert. Das Arbeitsverbot für Asylbewerber und die einschlägige Gesetzeslage wurde 9 Monate lang geprüft und diskutiert (Herr OßWALD, Herr WEBER, Herr HAAS, Herr GLASENHARDT-FREYMANN, Herr WILHELMY). Die Überprüfung ergab, dass Praktika möglich sind und das „Arbeitsgelegenheiten“ [„1-Euro-Jobs“) unter bestimmten Voraussetzungen, und nur bei gemeinnützigen Trägern, ebenfalls. Die Rahmenbedingungen hierfür wurden mit dem Regierungspräsidium abgestimmt. Es wurden ein entsprechender „Praktikantenvertrag“ (s.Anlage) und Informationsblätter entwickelt. Die absolute Freiwilligkeit sei dabei die wichtigste Prämisse. Später wurden DGB und Kreisausländerbeirat dazu geholt. Dirk OßWALD betont, dass die Praktika keinen Einfluss auf das Asylverfahren haben. „Unterwürfige“ Arbeiten (wie das in den Medien angeprangerte „Koffertragen“) sind nicht zulässig, die Kriterien streng. Jedes Praktikum unterliegt einem Genehmigungsvorbehalt des Teams Asyl. Da die Idee in Laubach geboren wurde, wurde sie auch zuerst in Laubach ausprobiert zunächst im Diakoniezentrum Johann-Friedrich-Stift.

Die Geschäftsführerin des Zentrums, Kathrin WIND, und drei Praktikanten sind anwesend und berichten von ihren Erfahrungen. Frau WIND beschreibt den Verlauf:

Gestartet wurde am 14. April mit 5 Praktikant/innen, davon 2 in der Altenbetreuung. Erst wurde mit allen Praktikant/innen und Anleiter/innen alles nötige, wie Arbeitskleidung, Sprachvermittlung usw., geklärt. Voraussetzung für die sehr kommunikationsintensive Aufgabe seien engagierte Anleiter/innen.

Die Anwesenden Praktikant/innen bestätigen die guten Erfahrungen. Die Praktika beugten krankmachender Untätigkeit vor, böten die Möglichkeit sich bei der Aufnahmegesellschaft zu revanchieren und einen Einblick in das deutsche Berufsleben. Auch ein Schüler aus Reiskirchen berichtet von einem freiwilligen Praktikum in den Osterferien bei der Gießener Allgemeinen Zeitung – ein Bericht hierüber ist als Anlage beigefügt.

An der sich anschließenden Diskussions- und Fragerunde beteiligen sich sehr viele der Anwesenden. Die Kritikpunkte des Ausländerbeirates werden noch einmal vorgetragen: Falsche Erwartungen könnten bei Asylbewerbern geweckt werden; „Freiwilligkeit“ nur relativ, da Praktikanten eventuell gegenüber anderen doch bei der Erteilung von Bleiberecht im Vorteil sein könnten; Gefahr der Ausbeutung.

Joachim KÜHN vom Jobcenter ergänzt, dass auch aus Sicht des Jobcenters die durch die Praktika gebotene Orientierung eine gute Vorarbeit für einen eventuellen künftigen dauerhaften Aufenthalt böte. Aus seiner Sicht berge das Ehrenamt mehr Gefahren der Ausnutzung. Er macht auf die neue Beratung zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse aufmerksam und darauf, dass das Jobcenter unter bestimmten Umständen eine notwendige Weiterbildung finanzieren kann.

Tim VAN SLOBBE fasst zusammen, dass „der Landkreis sehr engagiert, motiviert und gewissenhaft an der Sache“ und bestrebt den befürchteten Nachteilen vorzubeugen sei.

Dirk OßWALD schlägt eine Evaluierung und gemeinsame Besprechung in ca. einem Jahr vor.

4. Vorstellung des WIR-Koordinators des Landkreises

Isray BUDAK, der im Rahmen des WIR-Programms des Landes Hessen für zunächst ein Jahr beim Landkreis eingestellt ist, stellt sich und seinen Aufgabenbereich vor. Seine Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im Anschluss an die Präsentation beantwortet Herr BUDAK Fragen. Frau POLAT fragt, warum die Landesregierung nicht auch Alevitischen Religionsunterricht im Rahmen der Erweiterung des „bekenntnisorientierten Religionsunterrichts“ eingeführt hat. Sie befürchtet, dass diese große Gruppe in der Integrationsdebatte vergessen werde.

Es wird vereinbart, dass der Kreisausländerbeirat, Herr BUDAK und Frau POLAT einen Termin vereinbaren, um über Fragen und Möglichkeiten zur Förderung des Alevitischen Religionsunterrichtes zu sprechen.

5. Interkulturelles Fußballfest

Dirk HAAS teilt mit, dass er es begrüßen würde, wenn das geplante Interkulturelle Fußballfest als Abschluss der Interkulturellen Woche am 28. September stattfinden könnte. Die Durchführung der Aktion sei auf einem Sportplatz in Laubach möglich. Der Landkreis könne Fahrdienste einrichten, um die Teilnahme von Asylbewerbern weiterer Gemeinschaftsunterkünfte zu ermöglichen.

6. Anträge

Auf Grund fehlender Beschlussfähigkeit muss der TOP verschoben werden.

7. Mitteilungen und Anfragen

Tim VAN SLOBBE teilt mit, dass Laubach und Grünberg wünschen, ihre Ausländerbeiratswahlen zusammenzulegen. Gespräche mit dem Kreiswahlleiter und der agah sollen bald geführt werden, um gute Lösungen für die nächsten Wahlen zu suchen.

Es werden noch einige Termine bekannt gemacht.

Der Vorsitzende Tim VAN SLOBBE schließt die Sitzung des Ausländerbeirates um 21:35 Uhr.



Tim van Slobbe
Vorsitzender

Markéta Roska
Schriftführerin